

Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . . V

Inhaltsverzeichnis . . . . . IX

Abkürzungsverzeichnis . . . . . XIX

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . . XXVII

Materialien für das Studium des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . . XXIX

  

§ 1. Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . . 1

  

**1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft** 3

§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft . . . . . 3

§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . . 8

§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung . . . . . 49

  

**2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln** 64

§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente . . . . . 64

§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht . . . . . 73

  

**3. Abschnitt. Der Staat im Markt** . . . . . 127

§ 7. Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht . . . . . 127

§ 8. Privatisierungsrecht . . . . . 152

§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge . . . . . 161

  

**4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung** . . . . . 205

§ 10. Gewerberecht . . . . . 205

§ 11. Handwerksrecht . . . . . 242

§ 12. Gaststättenrecht . . . . . 261

  

**5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen** . . . . . 279

§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts . . . . . 279

§ 14. Telekommunikation . . . . . 286

§ 15. Energiewirtschaft . . . . . 305

  

Sachverzeichnis . . . . . 317

**Inhaltsverzeichnis**

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Materialien für das Studium des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	XXIX
 <b>§ 1. Studienrelevanz des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....</b>	 <b>1</b>
 <b>1. Abschnitt. Grundlagen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft</b>	 <b>3</b>
 <b>§ 2. Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft ..</b>	 <b>3</b>
I. Die Bedeutung historischer Entwicklungslinien .....	3
II. Vom Spätmittelalter bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts .....	3
1. Wirtschaft und Obrigkeit im Spätmittelalter .....	3
2. Die Wirtschaftspolitik der Territorialstaaten .....	4
III. Von der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen bis zum Ende des Nationalsozialismus .....	5
1. Die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts .....	5
2. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich .....	6
 <b>§ 3. Die Ordnung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....</b>	 <b>8</b>
I. Begriff und Gegenstände des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	8
II. Öffentliches und privates Wirtschaftsrecht .....	10
III. Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik .....	10
IV. Wirtschaftsverfassungsrecht .....	11
1. Die sog. Wirtschaftsverfassung .....	11
2. Zuständigkeitsverteilung .....	12
3. Grundrechtsschutz wirtschaftlicher Tätigkeit .....	13
a) Berufsfreiheit .....	14
b) Eigentumsgewährleistung .....	20
c) Weitere Grundrechte .....	23
V. Europäisches Wirtschaftsrecht .....	24
1. Grundlagen .....	24
2. Grundfreiheiten .....	26
a) Verbot und Rechtfertigung von unmittelbaren Diskriminierungen .....	27
b) Verbot und Rechtfertigung von mittelbaren Diskriminierungen und sonstigen Beschränkungen .....	28
c) Die einzelnen Grundfreiheiten .....	32
aa) Freiheit des Warenverkehrs .....	32
bb) Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	37
cc) Niederlassungsrecht .....	37
dd) Dienstleistungsfreiheit .....	41
ee) Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs .....	47
	 IX

<b>§ 4. Organisation der Wirtschaftsverwaltung</b>	49
I. Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung	49
II. Staatliche Wirtschaftsverwaltung	51
III. Selbstverwaltung der Wirtschaft	52
1. Erscheinungsformen und Aufgaben	53
2. Organisation	56
3. Pflichtmitgliedschaft	56
4. Rechtsschutz bei Aufgabenüberschreitungen	59
IV. Beteiligung Privater an der Wirtschaftsverwaltung	61
1. Beleihung	61
2. Verwaltungshelfer und Erfüllungsgehilfen der Behörde	62
3. Weitere Formen	62
 <b>2. Abschnitt. Staatliche Einflussnahmen auf wirtschaftliches Handeln</b>	 64
 <b>§ 5. Einwirkungsformen und -instrumente</b>	 64
I. Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsförderung	64
II. Wirtschaftsaufsicht	65
III. Instrumente der Einzeleinwirkung	66
1. Rechtsförmliches Handeln	66
a) Anzeige- und Genehmigungspflicht	66
b) Begleitende Überwachung	68
c) Anordnungen und Untersagungen	70
d) Vertragliches Handeln	71
2. Informales Handeln	71
3. Überwachungsbezogene Pflichten von Unternehmen	72
 <b>§ 6. Subventions- und Beihilfenrecht</b>	 73
I. Begriff, Ziele und Formen von Subventionen und Beihilfen	74
1. Verwendete Begrifflichkeiten	74
2. Das Subventionsverhältnis	75
II. Zulässigkeit der Subventionsgewährung	77
1. Nationales Recht	77
2. Die Zulässigkeit von Beihilfen nach Europarecht	79
a) Der Begriff der Beihilfe	80
aa) Staatliche Maßnahme oder Maßnahme unter Inanspruchnahme staatlicher Mittel	81
bb) Gewährung eines Vorteils an den Begünstigten	83
cc) Selektivität der Maßnahme	87
dd) Wettbewerbsverfälschung	89
ee) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	89
b) Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt	91
aa) Legalbeihilfen	91
bb) Ermessensbeihilfen	92
c) Verfahren	93
3. Anspruch auf Subventionsgewährung	96

III. Öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses	97
1. Unterscheidung nach Subventionstypen	97
a) Verschonungssubventionen	97
b) Zahlungssubventionen	97
aa) Auszahlung durch staatliche Stelle	97
bb) Auszahlung im Bankenverfahren	98
c) Realsubventionen	98
d) Darlehenssubventionen	99
e) Gewährleistungssubventionen	100
2. Differenzierung nach Regimeentscheidungen	101
a) Ausschließlich öffentlich-rechtliche Ausgestaltung	101
b) Ausschließlich privatrechtliche Ausgestaltung	101
c) Kombiniert öffentlich-rechtliche/privatrechtliche Ausgestaltung	102
IV. Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	103
1. Die Rückabwicklung nach nationalem Recht	103
a) Beseitigung der Grundlage der Subventionsgewährung	104
aa) Subventionsentscheidung durch Verwaltungsakt	104
bb) Subventionsentscheidung durch Vertrag	107
b) Rückforderung der gewährten Subvention	107
aa) Rückforderung in einstufigen Subventionsverhältnissen	107
bb) Rückforderung in zweistufigen Subventionsverhältnissen	109
2. Besonderheiten bei der Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	109
a) Der Rückforderungsbeschluss der Kommission	111
b) Rückforderung der Beihilfe durch den Mitgliedstaat	112
aa) Rücknahme von rechtswidrigen Beihilfebescheiden	113
bb) Rückabwicklung bei vertraglich gewährten Beihilfen	115
cc) Die Bedeutung von Schwierigkeiten bei der Rückforderung	116
V. Rechtsschutz	117
1. Rechtsschutz des von einer Subvention oder Beihilfe begünstigten Unternehmens	117
a) Streitigkeiten bei der Durchführung des Subventionsverhältnisses	117
b) Rechtsschutz gegen die Rückabwicklung	118
aa) Grundsätze	118
bb) Beihilfenrechtliche Besonderheiten	118
2. Rechtsschutz eines am Erhalt einer Subvention bzw. Beihilfe interessierten Unternehmens	120
3. Rechtsschutz bei Förderung eines konkurrierenden Unternehmens	120
a) Negative Konkurrentenklage	120
b) Konkurrentenrechtsschutz im Beihilfenrecht	121

### **3. Abschnitt. Der Staat im Markt ..... 127**

#### **§ 7. Öffentliches Unternehmens- und Wettbewerbsrecht ..... 127**

I. Formen staatlicher Wettbewerbsteilnahme .....	127
1. Zum Begriff „Öffentliche Unternehmen“ .....	127
a) Unionsrechtliches Begriffsverständnis .....	127
b) Begriffsverständnis im deutschen Recht .....	128
2. Organisationsformen öffentlicher Unternehmen .....	130
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen .....	130
aa) Eigenbetrieb .....	130
bb) Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts .....	130
cc) Zweckverband .....	131
b) Privatrechtliche Organisationsformen .....	131
aa) GmbH und AG .....	131
bb) Sonstige .....	133
II. Regelungsrahmen .....	133
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	133
a) Grundfreiheiten .....	133
b) Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen (Art. 106 AEUV) .....	134
aa) Allgemeine Wettbewerbsregel (Art. 106 I AEUV) .....	134
bb) Ausnahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Art. 106 II AEUV) .....	134
2. Verfassungsrecht .....	136
a) Grundsätzliche Zulässigkeit wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates? .....	136
b) Insbesondere: Bedeutung der Grundrechte .....	137
3. Haushaltsrecht .....	139
4. Wettbewerbsrecht .....	140
III. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden .....	140
1. Art. 28 II GG als Legitimationsgrundlage wirtschaftlicher Betätigung .....	140
2. Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in sachlicher Hinsicht .....	141
a) Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung im Allgemeinen ...	142
aa) Zum Begriff „wirtschaftliche Betätigung“ .....	142
bb) Schrankentrias .....	143
cc) Genehmigungs- und Anzeigepflichten .....	144
b) Zulässigkeit der Führung von Unternehmen in Privatrechtsform .....	144
3. Kommunalverfassungsrechtliche Beschränkungen in räumlicher Hinsicht .....	145
IV. Rechtsschutzfragen .....	147
1. Rechtsprechung vor 2002: Wettbewerbsrechtlicher Schutz gegen Marktzutritt der öffentlichen Hand .....	148
a) Verwaltungsgerichte: Kein öffentlich-rechtlicher Abwehranspruch .....	148
b) Zivilgerichte: Konkurrentenschutz über § 3 UWG .....	148

2. Rechtsprechung ab 2002: Öffentlich-rechtliche statt wettbewerbsrechtliche Abwehransprüche	149
a) BGH: Verstoß gegen Schrankentrias kein unlauterer Wettbewerb	149
b) Folge: Verwaltungsgerichtlicher Konkurrentenschutz	149
<b>§ 8. Privatisierungsrecht</b>	152
I. Begriff und Formen der Privatisierung	152
1. Zum Begriff „Privatisierung“	152
2. Formen der Privatisierung	153
a) Formelle Privatisierung	153
b) Funktionale Privatisierung	154
aa) Begriff	154
bb) Insbesondere: Public Private Partnership (PPP)	154
c) Materielle Privatisierung	156
II. Rechtliche Rahmenbedingungen für Privatisierungen	156
1. Staatliche Kernaufgaben und Eingriffsverwaltung	156
2. Leistungsverwaltung	157
a) Verfassungsrechtliche Bindungen	158
b) Einfachgesetzliche Bindungen	160
3. Annexaufgaben	160
<b>§ 9. Das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge</b>	161
I. Begriff und Zielrichtung	161
II. Anwendbares Recht	162
1. Für alle Beschaffungsvorgänge geltendes Recht	163
2. Vergaben ab Erreichen der Schwellenwerte	165
a) Europäisches Vergaberecht	165
b) Nationales Vergaberecht	166
c) Wesentliche Weichenstellungen	167
aa) Abgrenzung öffentlicher Auftrag/Konzession	167
bb) Abgrenzung Bauauftrag/Liefer- oder Dienstleistungsauftrag	169
3. Vergaben unterhalb der Schwellenwerte	169
III. Der sachliche Anwendungsbereich des Vergaberechts	170
1. Der Begriff des öffentlichen Auftrags	170
2. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich des Vergaberechts	174
a) Systematik der öffentlich-öffentlichen Kooperationen	175
b) Das Inhouse-Geschäft	175
aa) Wesen	175
bb) Voraussetzungen	176
c) Die sog. Instate-Geschäfte	179
3. Public Private Partnership und Vergaberecht	180
IV. Der persönliche Anwendungsbereich des Vergaberechts	181
1. Von der institutionellen zur funktionellen Betrachtungsweise	181
2. Der Auftraggeberbegriff ab Erreichen der Schwellenwerte	181

a)	Institutionelle Auftraggeber .....	181
b)	Funktionale Auftraggeber .....	182
aa)	Juristische Person .....	182
bb)	Im Allgemeininteresse liegende Aufgaben .....	182
cc)	Nichtgewerblicher Art .....	183
dd)	Besonderer Gründungszweck .....	185
ee)	Besondere Staatsnähe .....	185
3.	Der Auftraggeberbegriff unterhalb der Schwellenwerte .....	186
4.	Der funktionale Unternehmensbegriff .....	186
V.	Grundsätze des Vergaberechts .....	186
1.	Rechtsgrundlagen und Bedeutung im Vergaberecht .....	186
2.	Allgemeine Strukturprinzipien (§ 97 I und II GWB) .....	187
a)	Wettbewerbsprinzip .....	187
b)	Gleichbehandlungs- und Transparenzgebot .....	187
3.	Förderung des Mittelstands .....	187
4.	Die Auswahl von Angeboten .....	188
a)	Bieterbezogene Auswahlkriterien (§§ 122 ff. GWB) .....	188
b)	Angebotsbezogene Auswahlkriterien: Wirtschaftlichstes Angebot (§ 127 GWB) .....	189
c)	Ausführungsbedingungen (§§ 128 f. GWB) .....	190
5.	Die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Gesichtspunkte .....	190
VI.	Das Vergabeverfahren .....	192
1.	Verfahrensarten .....	192
a)	Verfahrensarten ab Erreichen der Schwellenwerte .....	192
b)	Verfahrensarten unterhalb der Schwellenwerte .....	193
c)	Bestimmung der richtigen Verfahrensart im Einzelfall .....	193
2.	Überblick über den Verfahrensablauf .....	193
a)	Offenes Verfahren/Öffentliche Ausschreibung .....	194
aa)	Publizitätsphase .....	195
bb)	Angebotsphase .....	195
cc)	Prüfungs- und Wertungsphase .....	196
dd)	Zuschlagsphase .....	196
b)	Nichtoffenes Verfahren/Beschränkte Ausschreibung .....	197
c)	Verhandlungsverfahren/Freihändige Vergabe/ Verhandlungsvergabe .....	197
VII.	Fehlerfolgen .....	197
1.	Die Regelung der §§ 134, 135 I Nr. 1 GWB .....	198
2.	Die Unwirksamkeit von „De-facto-Vergaben“ nach § 135 I Nr. 2 GWB .....	198
3.	Kündigung nach § 133 I Nr. 3 GWB und sonstige Fehlerfolgen .....	199
VIII.	Rechtsschutz .....	199
1.	Rechtsschutz ab Erreichen der Schwellenwerte .....	199
a)	Primärrechtsschutz: Das Nachprüfungsverfahren .....	199
aa)	Zulässigkeit .....	200
bb)	Verfahren und Entscheidung .....	201
cc)	Rechtsmittel .....	202
b)	Sekundärrechtsschutz .....	202
2.	Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte .....	202

**4. Abschnitt. Bereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit primär ordnungsrechtlicher Zielsetzung** ..... 205

**§ 10. Gewerberecht** ..... 205

I. Zielsetzung und Anwendungsbereich der Gewerbeordnung	205
II. Begriff des Gewerbes	206
1. Funktion	207
2. Gewerbsmäßigkeit	207
a) Erlaubte und nicht sozial unwertige Tätigkeit	207
b) Gewinnerzielungsabsicht	208
c) Betätigung auf Dauer	209
d) Selbständigkeit	209
3. Gewerbefähigkeit	210
a) Urproduktion	210
b) Freie Berufe	211
c) Verwaltung eigenen Vermögens	212
III. Für die einzelnen Gewerbearten geltende Anforderungen	213
1. Grundsatz der Gewerbefreiheit	213
2. Stehendes Gewerbe	215
a) Anzeigepflicht	215
b) Besondere Genehmigungsbedürftigkeit	216
aa) Wirkung und Aufhebung der Genehmigung	217
bb) Gewerbeüberwachung und Folgen fehlender Genehmigung	218
c) Untersagung wegen Unzuverlässigkeit	219
aa) Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	220
bb) Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich des § 35 GewO	223
cc) Maßnahmen bei Unzuverlässigkeit	226
dd) Rechtsschutzfragen	227
3. Reisegewerbe	229
4. Marktgewerbe	231
a) Veranstaltungstypen	232
b) Beteiligte des Marktrechtsverhältnisses	233
c) Festsetzung der Veranstaltung	234
d) Wirkungen der Festsetzung	235
aa) Teilnahmeanspruch	236
bb) Auswahlkriterien bei Teilnahmebeschränkungen	237
e) Veranstaltung als kommunale Einrichtung	240

**§ 11. Handwerksrecht** ..... 242

I. Regelungsgrundsätze	243
1. Zielsetzung	243
2. Verfassungsrechtliche Fragen	243
a) Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	243
b) Vereinbarkeit mit Art. 3 I GG	244
3. Unionsrechtliche Vorgaben	246



II. Der Begriff des Handwerks	247
1. Selbständiger Betrieb eines stehenden Gewerbes	247
2. Handwerksfähigkeit	248
3. Handwerksmäßigkeit	249
4. Betriebsformen	250
5. Zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe	251
III. Voraussetzungen der Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks	252
1. Eintragung in die Handwerksrolle	252
a) Meisterprüfung	253
b) Ausnahmegewilligung nach § 8 HandwO	253
c) Eintragung in Fällen mit Unionsrechtsbezug	255
d) Ausübungsberechtigung	255
2. Eintragungsunabhängige Ausübung von Tätigkeiten	255
IV. Eintragung, Löschung, Überwachung und Untersagung	256
1. Eintragung und Löschung in der Handwerksrolle	256
a) Eintragung	256
b) Löschung	256
2. Überwachung und Untersagung	257
a) Überwachung	257
b) Untersagung	258
V. Berufsbildung im Handwerk	259
VI. Organisation des Handwerks	260

<b>§ 12. Gaststättenrecht</b>	261
I. Struktur und Regelungsziele des Gaststättenrechts	262
II. Begriff des Gaststättengewerbes	263
1. Gewerbebetrieb	263
2. Zulässiger Bewirtungstyp	264
3. Zugänglichkeit	264
III. Gaststättenerlaubnis	265
1. Erlaubnispflicht	266
2. Voraussetzungen der Erlaubniserteilung	266
a) Persönliche Versagungsgründe	266
b) Sachliche Versagungsgründe	268
aa) Innerbetriebliche Gestaltung	268
bb) Widerspruch zu öffentlichem Interesse	269
c) Rechtsschutz	271
3. Inhalt der Erlaubnis	273
4. Auflagen	273
5. Rücknahme und Widerruf	274
IV. Betriebsbezogene Regelungen	275
1. Überwachung durch die Behörden	275
2. Sperrzeitregelungen	275

<b>5. Abschnitt. Regulierung von Infrastrukturen</b>	279
<b>§ 13. Grundgedanken und Strukturen eines Regulierungsrechts</b>	279
I. Die Diskussion um ein Regulierungsrecht	279
II. Zum Begriff der Regulierung	279
III. Der Regulierungsgedanke im Kontext gewährleistungsstaatlichen Denkens	281
IV. Strukturen einer Regulierungsverwaltung	282
1. Behördenorganisation	282
2. Instrumente und Verfahren	284
<b>§ 14. Telekommunikation</b>	286
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	286
1. Zum Begriff „Telekommunikation“	286
a) Telekommunikation als technischer Vorgang der Signalübermittlung	286
b) Abgrenzung zu den übermittelten Inhalten	287
2. Wesentliche Rechtsquellen des Telekommunikationsrechts	287
II. Meldepflichten, Frequenzvergabe und Nummernverwaltung	288
1. Meldepflichten der Netzbetreiber und Diensteanbieter	288
2. Frequenzvergabe und Nummernverwaltung durch die BNetzA	289
III. Regulierung der Telekommunikationsmärkte	290
1. Übersicht über die Verpflichtungen des Regulierungsrechts	290
2. Allgemeine Verfahrensvorschriften zur Marktregulierung	291
a) Übersicht über das Regulierungsverfahren	291
b) Marktdefinition	293
aa) Entscheidungskriterien	293
bb) Verfahrensbeteiligungen	294
c) Marktanalyse	295
aa) Entscheidungskriterien	295
bb) Verfahrensbeteiligungen	296
d) Regulierungsverfügung	296
3. Regulierung des Zugangs zu Infrastruktur und Dienstleistungen	298
a) Gesetzliche Angebotspflicht aller Netzbetreiber	298
b) Marktmachtunabhängige Zugangsverpflichtungen	298
c) Marktmachtabhängige Zugangsverpflichtungen	298
aa) Regulierungsverfügungen gemäß § 26 TKG	298
bb) Begleitende Verpflichtungen gem. §§ 24, 25, 26, 29, 30 TKG	299
d) Anordnung des Zugangs bei unterbliebener Zugangsvereinbarung	300
4. Regulierung der Entgelte für Zugang und Dienstleistungen	301
5. Besondere Missbrauchsaufsicht	302
IV. Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten	303

<b>§ 15. Energiewirtschaft</b>	305
I. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen	305
1. Energiewirtschaft im weiteren Sinne	305
2. Energiewirtschaft im engeren Sinne (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserstoffwirtschaft)	305
3. Wesentliche Rechtsquellen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft	306
II. Zulassung von Energieversorgern und Energieanlagen	307
1. Zulassung von Energieversorgungsunternehmen	307
a) Aufnahme des Netzbetriebs	307
b) Anzeige der Energiebelieferung von Haushaltskunden	308
2. Zulassung von Energieanlagen	308
III. Regulierung des Betriebs von Energieversorgungsnetzen	309
1. Netzanschluss	309
2. Netzzugang	310
a) Anspruch auf Netzzugang	310
b) Entgelte für den Netzzugang	311
c) Sonderbestimmungen des EEG und KWKG	311
3. Missbrauchsaufsicht und Sanktionen	312
IV. Versorgung der Letztverbraucher	313
1. Grundversorgungspflicht	313
2. Wegenutzung für Leitungsbetrieb	314
Sachverzeichnis	317